

ich-bin-sauarm-Preis: 0,50 €
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: 1 €
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: 100 €

REVOLUTION

Zeitung der gleichnamigen kommunistischen Jugendorganisation ★ Nummer 14

**Große Koalition frisst alles:
Renten, Kündigungsschutz,
Gesundheitswesen, Bil-
dungssystem, Ausbil-
dungsplätze, Um-
welt, Gewerk-
schaften, Arbeits-
lose, Migrant-
Innen...**



Merkel-Münti- Monster!

Jugend-Internationale



Vor 90 Jahren er-
schien in Bern die-
se internationalis-
tische Jugendzeit-
schrift mit revolu-
tionärer Agitation
gegen den Krieg.

» Seite 4-5

Es kommt die Zeit...



...für eine linke Ju-
gendbewegung!“
Aber hatte die bun-
desweite Jugend-
konferenz zu dem
Thema konkre-
te Ergebnisse?

» Seite 9

Naziaufmarsch in Göttingen



Die Polizei war
überrascht: eine
NPD-Demo in Göt-
tingen konnte mit
Hilfe von brennen-
den Barrikaden ver-
hinert werden.

» Seite 8

www.onesolutionrevolution.de

Die sexistische Kanzlerin

Zum ersten Mal in der Geschichte hat eine Frau das höchste Amt im deutschen Staat inne. Ist das etwas Positives für Frauen?

George Orwell schrieb mal: „Alle Tiere sind gleich, aber manche sind gleicher als andere.“

Ein ähnliches Phänomen konnte man im Wahlkampf beobachten. In dieser Gesellschaft sind Frauen gleichberechtigt, aber weniger gleichberechtigt als Männer. Diskriminierung von Frauen prägt jede kapitalistische Gesellschaft, auch die ach so fortschrittliche deutsche „Demokratie“.

In deutschen Konzernen sind über 90% der Führungskräfte männlich, und in der Deutschland AG gibt es eine ähnlich niedrige Frauenquote. Bei diesem Wahlkampf stand vier Kanzlerkandidaten eine einzige Kandidatin gegenüber – und selbst dieser 20%-Frauenanteil war ein Rekord!!!

Obwohl sie bis zum Auszählen der Stimmen als uneinholbare Favoritin galt, wurde Merkel in den Medien nicht immer als eine strahlende Sonne präsentiert. Unendlich viele Kommentare beschäftigten sich mit ihrer Frisur, der Farbe ihres Outfits, den Falten in ihrem Gesicht. Welche männlichen Politiker werden so behandelt? Wer meint, dass Schröder seine Augenbrauen zupfen oder Lafontaine ein paar Kilo abnehmen sollte?!

Mit solchen Kampagnen soll jeder Frau in der BRD klar gemacht werden: Du kannst es vielleicht ausnahmsweise bis zum höchsten Amt im Lande schaffen, aber du bist immer noch eine Frau, und deshalb zählt nur dein Aussehen.

Die schlechten Ergebnisse der CSU in Bayern (unter 50%, was nach einem Mehrparteien-

system riecht!!!) wurden dadurch erklärt, dass die CSU-WählerInnen sich schwer dazu bewegen konnten, eine Frau, dazu eine Ossi-Frau, zu wählen. Bundesweit konnte Schröder mit seinem Macho-Auftreten beim Kanzlerduell und bei der „Elefantenrunde“ punkten. Dort zitierte Schröder seine Frau: „Frau Merkel verkörpert mit ihrer Biographie nicht die Erfahrung der meisten Frauen. Die beschäftigt, ob sie Familie und Job unter einen Hut bekommen, ob sie nach der Geburt für mehrere Jahre aussteigen wollen, wie sie ihre Kinder am besten erziehen. Das ist nicht Merks Welt.“

Egal ob Schröder, seine Frau oder sonst wer so etwas sagt, die Message ist klar: Die Aufgabe von Frauen in dieser Gesellschaft ist es, Kinder zu erzeugen, einen Mann zu versorgen und dazu noch zu arbeiten. Wer das nicht macht, ist keine richtige Frau.

Das Desaster

Trotz aller Erniedrigung: Merkel wird jetzt Bundeskanzlerin. Ist das ein Fortschritt für Frauen in der BRD? Für die eine Frau natürlich schon. Jedoch für die meisten Frauen ist das ein Desaster.

Ähnlich wie die SPD wird die CDU die Privatisierung von Kitas und die Ausweitung des Billiglohnsektors vorantreiben. Damit werden immer mehr Frauen gezwungen, entweder die Kinder zu Hause zu betreuen oder einen Billigjob anzunehmen, um die Rechnungen bezahlen zu können (oder beides). Die Doppelbelastung von Hausarbeit und Lohnarbeit wird verschärft, und die gesellschaftliche Stellung der Frauen verschlechtert.

Zu Merks Steuerprogramm gehörte die Streichung der Steuerfreiheit für Nacht- und Wochenendschichten. Alle, die nachts arbeiten müssen, würden durch diese „Reform“ mehr Lohnsteuern zahlen – und die betroffenen Berufsgruppen bestehen häufig aus Frauen, z.B. Krankenschwestern.

Deshalb hat Merkel wenige Stimmen von Frauen bekommen, weniger als Schröder. Nicht, weil der Macho-Mann sich als Frauenfreund verkaufen konnte, sondern weil Merks Programm konkrete Verschlechterungen für die Mehrheit der Frauen bedeutete.

Nun wird eine Frau über ein System regieren, das höchst frauenfeindlich ist. Das kapitalistische System kann ohne viel Tralala eine Frau an die Spitze stellen, wenn es darum geht, die Ausbeutung der Frauen zu vertiefen.

Auf ähnlicher Weise konnte die Bush-Regierung einige Schwarze und Hispano-AmerikanerInnen aus armen Verhältnissen ins Kabinett holen (Colin Powell, Condoleeza Rice, usw.), um äußerst rassistische und neoliberale Gesetze durchzuziehen.

Nun, wir haben nichts gegen politische Kritik an Merkel! Doch jene Art von „Kritik“, die Angela Merkel als „Ferkel“ darstellt (taz) oder zum Kampf gegen „das Merkel“ aufruft (Titanic) oder sie einfach als „Herr Merkel“ beschimpft, ist durchaus sexistisch, weil sie primär auf Äußerlichkeiten abzielt.

Aber klar ist, der Kampf gegen Merkel und das System, das hinter ihr steht, wird nur Erfolg haben, wenn wir gegen jede Art von Unterdrückung kämpfen. Arbeiterinnen und Arbeiter, Jungs und Mädels – gemeinsam gegen Merkel und Sexismus!

von Wladek aus Kreuzberg



Fickt das System. Mit den neuen Buttons von REVOLUTION! 25mm groß. 19 verschiedene Motive. 1 € pro Button. Nicht inklusive Porto.

Große Koalition fürs Großkapital

Merkel und Müntefering haben Böses vor...



Nach langem Hin und Her bekommen die deutschen Kapitalisten bald ihre neue Regierung: die Große Koalition aus SPD und CDU/CSU. Es ging bei der Neuwahl darum, ein klares Mandat für eine Verschärfung der bisherigen „Reformpolitik“ zu organisieren. Das ist offensichtlich gescheitert, nicht zuletzt durch den Wahlerfolg der Linkspartei.PDS. Die Wahl hat insgesamt – wie meist in Momenten der Krise – die Ränder des politischen Spektrums auf Kosten der Mitte gestärkt: die Linkspartei bzw. die FDP, aber auch die NPD.

Weil die CDU so unerwartet schlecht abgeschnitten hat, muss jetzt die SPD in das Regierungsboot geholt werden. Doch daraus zu folgern, dass Merkel und CDU ihr Programm abmildern müssen, wäre ein Irrtum. Die Große Koalition wird unter einem immensen Handlungsdruck stehen – aus mehreren Gründen.

Schröder hat mit der Agenda 2010 zwar einen massiven neoliberalen Angriff gestartet, doch trotz großer Erfolge in dieser Richtung sind einige wesentliche Fragen ungelöst: die Staatsverschuldung ist höher als je zuvor, die Wachstumsraten sind weiterhin sehr niedrig, der militärische Rückstand gegenüber dem Hauptkonkurrenten USA ist nach wie vor riesig.

Das zentrale Problem ist dabei, dass es fürs deutsche Kapital nicht ausreicht, im Hier und Jetzt riesige Profite zu machen; um auch in den kommenden Jahren erfolgreich zu sein, haben sie als Ziel gesetzt, die EU zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt bis zum Jahr 2010 zu machen – deshalb Agenda 2010.

Von diesem Ziel ist das deutsche Kapital – nur 4,5 Jahre vor 2010! – noch weit entfernt. Soll es mit den „Reformen“ wirklich voran gehen, muss nicht nur bei Sozialausgaben massiv gekürzt und ein Heer von Millionen Billig-Jobbern geschaffen werden; dafür müssen wesentliche Rechte der Arbeiterbewegung wie Kündigungsschutz, Tarifsysteem, betriebliche Mitbestimmung usw. – so unzureichend und widersprüchlich diese auch immer sind – zurückgedrängt oder abgeschafft werden.

Die Koalition

Nun erwarten deutsche Konzerne von der Regierung, dass sie alle möglichen Reformen durchpower – mit „möglichst noch mehr Mut,

mehr Kraft, mehr Tempo“, wie die Vertreter der Unternehmer-Verbände jeden Tag in den Medien verkünden.

Ex-CDU-Chef Laurenz Meyer sagt dazu: „Wir müssen aber aufpassen, dass in einer Großen Koalition die CDU nur für die Grausamkeiten zuständig ist und die SPD für die sozialen Wohltaten“. Welche „Wohltaten“ die SPD anbietet, haben wir in den letzten Jahren gesehen: 331 Euro Arbeitslosengeld, zum Beispiel.

Aber die „Grausamkeiten“ sind etwas klarer: die Mehrwertsteuer soll erhöht werden. Damit wird jeder Einkauf um einige Prozent teurer – das trifft natürlich Arbeitslose, Azubis und StudentInnen, die gerade so über die Runden kommen, am härtesten.

Die nächste Rentenerhöhung fällt aus, und das Rentenalter soll auf 67 Jahre erhöht werden. In einer Zeit, da offiziell fünf Millionen Menschen nicht arbeiten dürfen, ist der Vorschlag, die Arbeitenden noch länger arbeiten zu lassen, einfach absurd!

Dabei führen die Kapitalisten ihren Generalangriff auf betrieblicher Ebene weiter: auf Löhne, Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen usw. Fast täglich lesen wir Meldungen über neue Massenentlassungen. Die Tarifverträge, die ein soziales Minimum in der Industrie garantieren, werden permanent untergraben.

Dabei ist die deutsche Wirtschaft nicht so arm, wie manch einer Glauben machen will: Siemens machte einen Profit von 3,4 Milliarden Euro; DaimlerChrysler 2,4 Milliarden; BMW 2,2 Milliarden. Insgesamt war 2004 ein Jahr von Rekordprofiten für deutsche Unternehmen.

Da zeigt sich der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Reichtum, der von Millionen ArbeiterInnen kollektiv produziert wird und den wenigen privaten Eigentümern, die sich diesen Reichtum individuell aneignen. Es ist der Widerspruch zwischen einer Wirtschaft, in der Produktionsprozesse global ausgedehnt werden und einer Welt, die immer noch zwischen verfeindeten Nationalstaaten und konkurrierenden Konzernen aufgeteilt ist. Kurz: es ist der Widerspruch des Kapitalismus!

Der Reformismus

Viele ArbeiterInnen und vor allem GewerkschafterInnen sehen die SPD trotz aller Bauchschmerzen mit deren Politik immer noch als „ihre“ Partei, sei es nur deshalb, weil sie angeblich ein kleineres Übel gegenüber FDP und Uni-



on wäre. Dass das nicht funktioniert, haben wir in den letzten Jahren gesehen, als Rot-Grün Angriffe gestartet haben, die sich zuvor die CDU unter Kohl noch nicht gewagt hat. Zum Beispiel in der Außenpolitik. Auslandseinsätze der Bundeswehr in angeblichen „humanitären“ Missionen haben erst Schröder und Fischer auf den Weg gebracht. Den Umbau der Bundeswehr zu einer global einsetzbaren Interventionsarmee kam erst unter den „Friedenstauben“ von Rot-Grün richtig in Schwung.

Die Gewerkschaftsbürokratie ist über tausend Kanäle mit der SPD verbunden und hat ihren Platz im kapitalistischen System gefunden. Deshalb beschränkte sie den Widerstand gegen die Agenda 2010 systematisch: Die Montagsdemos wurden von der DGB-Spitze bekämpft. Auch dort, wo sie, um die Basis zu beruhigen, selbst Massenproteste organisiert hat (z.B. am 3. April 04) waren diese nur zeitbegrenzte Demonstrationen und keine Kampfmaßnahmen. Die wirkliche Perspektive der Reformisten bestand in – Unterschriftensammlungen. Betriebliche Widerstandsaktionen und Streiks (so bei Daimler und Opel) wurden ausverkauft und demobilisiert.

Trotz aller Kritik von der Linkspartei an der Politik von Rot-Grün: ihre Politik ist nichts anderes als eine wieder aufgewärmte Variante der SPD-Politik der 70er oder 80er Jahre. Ihnen geht es im Kern nur darum, eine starke parlamentarische Vertretung zu haben. Vorschläge, was wirklich notwendig ist, um die Angriffe des Kapitals zurückzuschlagen (als Schritte zum Sturz des Kapitalismus), sind bei ihnen schwer zu finden.

Unsere Vorschläge sind: Politische Massendemonstrationen, der politische Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaftsführungen und die Organisation des Abwehrkampfes in Betrieben, Gewerkschaften, auf der Strasse, in Schulen und Unis. Wir treten für eine unabhängige sozialistische Jugendorganisation ein.

Die Jugendorganisation

Diese muss grenzüberschreitend organisiert sein, nicht nur um die Angriffe zu stoppen, sondern um jeder Art von Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu setzen.

Gegen die Große Koalition des Kapitals brauchen wir eine **Große Koalition der ArbeiterInnen und radikalen Jugendlichen!**

September 1915. Der Krieg erschüttert Europa. Die Träume von einem "Sieg noch vor Weihnachten" waren im Blut ertrunken, als das Gemetzel ins zweite Jahr ging. An der Westfront halten sich Millionenheere in Schützengräben in Schach. In der Schlacht von Ypern setzt die deutsche Armee zum ersten Mal in der Geschichte Giftgas ein. An der Ostfront kämpfen Soldaten des Osmanischen Reiches gegen die zaristische Armee im Kaukasus und die britische Armee in Mesopotamien.

In dieser Zeit erscheint in Zürich eine kleine Zeitung unter dem Titel „Jugend-Internationale“, herausgegeben vom „Sekretariat der Internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen“.

Mit Zeichnungen von aufständischen ArbeiterInnen oder griechischen Göttinnen und Appellen „an unsere Klassenbrüder“ sah dieses Blatt nicht anders als Dutzende andere „sozialistische Jugendzeitschriften“ aus. Aber während die sozialistische Presse in fast allen Krieg führenden Ländern ganz legal verbreitet wurde, wurde die Jugend-Internationale permanent unterdrückt, denn diese Zeitschrift, im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen Bewegung, trat für ein schnelles Ende des Krieges durch eine Revolution ein.

Die Sozialistische Presse

Die sozialistischen Massenparteien hatten für die Dauer des Krieges einen „Burgfrieden“, eine „union sacrée“, eine Pause im Klassenkampf beschlossen. Auch wenn sie nach wie vor ihre Gegnerschaft zum Kapitalismus und dem von ihm verursachten Krieg beschworen, wollten sie während des Krieges „Schlimmeres“ verhindern: die französischen Sozialisten verteidigten ihr „demokratisches“ Vaterland gegen „den deutschen Militarismus“, die deutschen Sozialdemokraten verteidigten ihr „zivilisiertes“ Vaterland gegen den „russischen Absolutismus“ usw.

Ihre Hauptparole für die Arbeiterklasse hieß: „Durchhalten!“ Erst die Reaktionäre im Nachbarland besiegen, und danach, irgendwann, die herrschende Klasse im eigenen Land stürzen.

Heute sind wir daran gewöhnt, dass SozialdemokratInnen die Kriegsanstrengungen eines imperialistischen Landes unterstützen oder selbst führen: Tony Blair im Irak, Gerhard Schröder in Afghanistan usw. Doch damals hatten die Parteien der Sozialistischen Internationale ein antimilitaristisches Programm; sie waren, zumindest in offiziellen Dokumenten, der proletarischen Revolution verpflichtet.

Auf einem Kongress der Internationale 1907 in Stuttgart wurde eine Resolution beschlossen, im Fall eines Krieges „mit allen Kräften ... die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung

Auf dem Weg

Vor 90 Jahren, am 1. September 1915, erschien

des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft ausnutzen.“ Der französische Sozialist Hervé drückte es so aus: es sollte „lieber einen Aufstand, als einen Krieg“ geben.

Diese Position hatte eine lange Tradition in der Arbeiterbewegung. Schon im Kommunistischen Manifest stellten Marx und Engels fest, dass die Arbeiterklasse kein Vaterland hat. Demzufolge haben sie auch kein Interesse an einen Sieg des „eigenen“ Landes (d.h. des Landes, in dem sie ausgebeutet werden). Mit der berühmten Parole: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ wurde der Internationalismus ein Grundprinzip der sozialistischen Bewegung.

Doch als die deutsche Armee am 4. August 1914 in Belgien einmarschierte und Deutsch-

dem Flugblatt auf: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“

Die Sozialistische Internationale, die vor kurzem unerschütterlich schien, war komplett zerbrochen. Während die Sozialpatrioten der Krieg führenden Staaten bemüht waren, die ArbeiterInnen für das gegenseitige Abschlichten zu begeistern, war ein internationaler Kongress natürlich nicht möglich. Nur Minderheitsströmungen wie die russischen Bolschewiki, die deutsche Gruppe Internationale, Teile der Sozialistischen Partei Italiens und andere erkannten die Notwendigkeit, dass die ArbeiterInnen aller Länder für ein Ende des Krieges zusammen kämpfen mussten.

Aber die Jugendorganisationen der Sozialistischen Parteien konnten in ihrer Mehrheit für diese internationalistische Perspektive gewonnen werden. Schon zu Ostern 1915 kamen sozialistische Jugendorganisationen aus neun Ländern, die zusammen etwa 50.000 Mitglieder zählten, in der Schweiz in Bern zusammen, um eine neue Verbindung aufzubauen. Sie gründeten ein Büro in Zürich und beschlossen Aktionstage gegen den Krieg sowie die Herausgabe der Zeitung „Jugend-Internationale“.

„Jugend-Internationale“

Diese Zeitung stand in klarer Opposition zum imperialistischen Krieg und ihren „sozialistischen“ Verteidigern. In jeder Nummer argumentierte sie dafür, „durch Wiederaufnahme des Klassenkampfes dem schrecklichsten aller Kriege ein Ende zu bereiten“. Die jungen ArbeiterInnen aller Länder sollten sich nicht als Feinde auf dem Schlachtfeld sondern als Freunde im Klassenkampf sehen. Um Gefühle der Solidarität auf beiden Seiten der Front zu erwecken, wurde regelmäßig von Aktionen gegen den Krieg in allen Ländern berichtet.

Die Jugend-Internationale wurde in einer deutschen, italienischen und schwedischen Ausgabe veröffentlicht. Bis zum Kriegsende kamen englische, russische, ungarische, norwegische, dänische und jiddische Ausgaben hinzu. Die legale Auflage betrug 50.000. Sie wurde in neutralen Ländern wie der Schweiz oder in Skandinavien verbreitet. In Deutschland, Italien und anderswo wurden zehntausende Exemplare illegal nachgedruckt.

Die erste Nummer beinhaltete Artikel von Balabanoff, Bernstein, Kollontai, Radek, Rühle und anderen, noch heute bekannten RevolutionärInnen. Später kamen auch Beiträge von Lenin, Trotzki, Sinowjew und unzähligen jungen



land, Österreich, Russland, Frankreich, das Vereinigte Königreich und viele andere Länder Kriegserklärungen durch die Welt schickten, wurden aus den meisten Internationalisten Patrioten. Kaiser Wilhelm veröhnte sich mit seinen Erzfeinden, den SozialdemokratInnen, und sagte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“

Die Minderheiten

In jeder sozialistischen Partei entstanden revolutionäre Strömungen, die nicht nur ein Ende des Krieges wünschten, sondern auch den Krieg durch klassenkämpferische Aktionen beenden wollten. Der Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht rief die deutsche Arbeiterklasse zum Kampf gegen die eigene Regierung mit

zur Jugend-Internationale

die erste Nummer der internationalistischen Jugendzeitschrift „Jugend-Internationale“

Korrespondenten aus ganz Europa und Nordamerika hinzu.

Karl Liebknecht erschien in der Jugend-Internationale besonders oft: als Autor von Briefen aus dem Zuchthaus, wo er wegen seiner antimilitaristischen Agitation eingesperrt war, oder als Objekt von Solidaritäts- und Spendenaufrufen.

Die Aktionstage

Die Jugend-Internationale war kein reines Propagandablatt. Die Zeitung sollte helfen, Massenaktionen gegen den Krieg zu organisieren und die ersten Steine einer neuen Internationale zu legen. Die erste Nummer hatte als Schwerpunkt den internationalen Jugendtag am 3. Oktober 1915, der von der Jugend-Konferenz in Bern ausgerufen wurde. An diesem Tag fanden Kundgebungen in Dänemark, Norwegen, Schweden, den USA, Deutschland (wo sie als „Hindenburgfeier“ getarnt wurden), Holland und der Schweiz statt. Die jungen KriegsgegnerInnen verteilten hunderttausende Flugblätter und verkauften zehntausende „Jugend-Internationalen“.

Die Zeitung erklärte stets, dass der Krieg durch die Widersprüche der imperialistischen Weltordnung verursacht wurde. Nicht etwa böswillige oder inkompetente Diplomaten (und schon gar nicht die „Barbaren von der anderen Seite“) waren für den Krieg verantwortlich, sondern der Drang nach wirtschaftlicher Expansion, der Kampf um Einflussphären, Kolonien und Absatzmärkte, die jeder imperialistische Staat benötigt. Deshalb waren pazifistische Projekte wie „Friedenskonferenzen“ oder „Entwaffnungsappelle“ reine Träumereien: der Krieg konnte nur gestoppt werden, wenn die ArbeiterInnen den Kapitalismus stürzen.

Die Rolle der Jugend beim Kampf gegen Kapitalismus wurde immer wieder hervorgehoben. Es waren junge Männer, die millionenfach starben, um die Profite „ihrer“ Kapitalisten zu sichern. Junge Frauen mussten die Doppelbelastung der „normalen“ Hausarbeit und der Kinderbetreuung auf sich nehmen und zusätzlich schwere Arbeit in der Rüstungswirtschaft leisten, während sie gleichzeitig hungerten.

Junge ArbeiterInnen spielten waren Träger der Streiks, die in Italien und Russland zu Beginn des Krieges, in Deutschland und Frankreich gegen Ende ausbrachen.

Jugendliche waren schneller bereit, ihre Freiheit für antimilitaristische Aktionen zu riskieren. Sie spürten weniger Loyalität gegenüber den sozialdemokratischen Führern, die ihre AnhängerInnen zum „Dienst fürs Vaterland“ aufriefen. Deshalb argumentierte die „Jugend-Internationale“ für eigenständige Jugendorganisations-

nen, unabhängig von den Parteibürokratien, die nichts als passive und unpolitische Nachwuchsvereine wollten. Stattdessen sollten sich Jugendliche selbst organisieren und für ihre eigenen Interessen kämpfen – für ein Ende des Krieges!

Die Jugendinternationale

So wurde die Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen während des Krieges aufgebaut; bis Kriegsende zählte sie über 200.000 Mitglieder.

Die Bedeutung der Jugend-Internationale wurde nicht nur von revolutionär gesinnten Jugendlichen, sondern auch von staatlicher Seite anerkannt. Seit dem ersten Erscheinen war die Zeitung in allen Krieg führenden Ländern verboten. Junge SozialistInnen mussten ihre politische Arbeit mit jahrelangen Gefängnisstrafen büßen – führende Mitglieder der sozialistischen Jugend Italiens wurden wegen des ersten Jugendtages zu 22 Jahren Haft verurteilt! Im Frühjahr 1918 verboten auch die Schweizer Behörden die Zeitung. Der Herausgeber Willi Münzenberg, ein Kriegsdienstverweigerer mit deutscher Staatsbürgerschaft, wurde ausgewiesen. Über die Zeitung wurde auch die Kampagne für seine Freilassung aus der deutschen Haft (glücklicherweise nicht „Free Willi“ genannt) organisiert.

Erst nach dem Krieg, während der Aufstände des Jahres 1919, wurde die neue, Kommunistische Internationale in Moskau gegründet. Kurz danach hat sich die Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen auf einer Konferenz in Berlin in „Kommunistische Jugendinternationale“ umbenannt. Die Jugendorganisationen schlossen sich der jeweiligen Kommunistischen Partei an. Aber die Kommunistische Jugendinternationale war unabhängig: im Gegensatz zu den Jugendvereinen der Sozialdemokratie hatten die kommunistischen Jugendorganisationen eigene Strukturen, Kongresse, Publikationen usw. Das war wichtig, damit Jugendliche lernen konnten, sich selbstständig, ohne Befehle von Älteren, zu organisieren.

Durch dieses Prinzip der Unabhängigkeit konnten diverse sozialistische Jugendverbände, die eine kritischere Haltung zur „Mutterpartei“ hatten, für die neue Komintern gewonnen werden.

Die Lehren

Der Ton der Jugend-Internationale, der unerschütterliche Glaube an die sozialistische Zukunft, ist heutzutage sicher nicht in Mode. Aber selbst während der beispiellosen Schlächtereien des Ersten Weltkrieges war eine solche Hoffnung richtig: bevor die Zeitung endgültig im Frühjahr

1918 verboten wurde, hatten die Arbeiter- und Bauernmassen Russlands den Kapitalismus gestürzt und die bürgerliche Regierung durch Arbeiterräte ersetzt.

Jede Krise des Kapitalismus trägt auch die Keime seiner Überwindung in sich. Die Bewaffnung der russischen Bauern in der zaristischen Armee und die Konzentrierung der Industriearbeiter für die Kriegsproduktion, was eigentlich zur Bekämpfung der Deutschen gedacht war, diente letztendlich dem Kampf gegen die russische Regierung. Und die Unterstützung des deutschen Generalstabs für russische Revolutionäre, die die St.-Petersberger-Regierung destabilisieren sollte, schlug sich in der Novemberrevolution in Berlin und der Sturz von Kaiser Wilhelm um.

Die internationalen Jugendtage, die von der „Jugend-Internationale“ organisiert wurden, erinnern sehr stark an die internationalen Aktionstage der letzten Jahre, z.B. als Hunderttausende SchülerInnen überall auf der Welt gegen den Irak-Krieg streikten. Solche Aktionen können nicht nur Gefühle der internationalen Solidarität, sondern auch grenzüberschreitende Vernetzungen schaffen, die den Kampf gegen Krieg und Kapitalismus auf eine höhere Stufe stellen.

Wenn wir gegen die Kapitalisten im eigenen Land und weltweit gewinnen wollen, müssen wir die Erfahrungen von Jugendlichen und ArbeiterInnen in anderen Ländern uns zu eigen zu machen. Deshalb organisieren wir von REVOLUTION uns über Landesgrenzen hinweg. Mit unserer Zeitung sind wir bemüht, über Proteste in anderen Ländern zu berichten, und unser Manifest reflektiert die Erfahrung von kommunistischen Jugendlichen aus mehreren Kontinenten.

Die Zeit ist reif für eine neue Jugend-Internationale! Deshalb rufen wir alle Jugendorganisationen, die etwas gegen die herrschenden Verhältnisse tun wollen, dazu auf, eine globale revolutionäre Organisation aufzubauen!

Die Worte der russischen Revolutionärin Alexandra Kollontai (aus Jugend-Internationale Nr. 1) haben auch noch volle Gültigkeit:

„Die richtige, die feste Basis der neuen Internationale kann nur die sozialistische Jugend bilden. Die Jugend, die Träger der Zukunft; die Jugend, die so wenig an der Vergangenheit hängt und die alles vom kommenden Leben, von der Zukunft erwartet; ... die Jugend, deren Herz nicht mit kleinbürgerlichen Gefühlen verpestet ist und deren Denken nicht mit der Ideologie eines vergangenen Zeitalters irreführt werden kann ... Die frische, mutige, revolutionäre, opferwillige Arbeiterjugend, die vorwärts, immer vorwärts drängt!“

von Wladek aus Kreuzberg

das Editorial der ersten Nummer gibt es auf der Website

Was ist eigentlich die ... Arbeiterklasse?

Manche denken, ArbeiterInnen wären nur Leute, die schwitzend mit einem Hammer arbeiten oder an einer Maschine stehen. Andere glauben, es gäbe gar keine Arbeiterklasse mehr. Wieder andere meinen, da fast alle irgendwie arbeiten, gehörten auch fast alle Menschen zur Arbeiterklasse ...

Wenn wir in der Arbeiterklasse jene soziale Kraft sehen, die in der Lage ist, den Kapitalismus zu stürzen, dann müssen wir natürlich auch wissen, was die Arbeiterklasse überhaupt ist.



Teilung der Gesellschaft

Der Kapitalismus basiert auf der Teilung der Gesellschaft in Klassen. Die Hauptklassen sind einerseits die Bourgeoisie (Kapitalisten), welche die Produktionsmittel (Maschinen, Fabriken, Banken, Rohstoffe) besitzt und die herrschende Klasse ist; andererseits das Proletariat (Arbeiterklasse). Der Arbeiter besitzt keine Produktionsmittel (PM) – er besitzt nur seine Arbeitskraft. Er muss sie dem Kapitalisten verkaufen, während der Kapitalist ihm den Arbeitsplatz, Werkzeuge, Materialien usw. zur Verfügung stellt. „Arbeitgeber“ ist also in Wahrheit der Arbeiter, „Arbeitnehmer“ ist der Kapitalist.

Der Lohn eines Arbeiters entspricht aber nicht seinem ganzen Arbeitsertrag. Der Lohn bemisst sich daran, was der einzelne Arbeiter zu seinem Lebenserhalt (Essen, Kleidung, Wohnung etc.) bzw. zur Reproduktion der Gesamtklasse (Kindererziehung, Bildung usw.) braucht.

Das, was der Arbeiter mehr erzeugt, als er selbst verbraucht bzw. als Lohn erhält, heißt Mehrwert; aus ihm – und nur aus ihm – zieht der Kapitalist seinen Profit.

Der Lohnarbeiter im Kapitalismus ist doppelt frei: einmal frei von Produktionsmittel, zum anderen frei im rechtlichen Sinne. Im Unterschied zu den Sklaven der Antike oder den Leibeigenen des Mittelalters gehört er dem Kapitalisten nicht und ist auch nicht formal rechtlich gezwungen zu arbeiten. Freilich ist er aufgrund seiner materiellen Lage gezwungen zu arbeiten, weil er ja im Unterschied zum Kapitalisten niemand anders ausbeuten, d.h. von dessen Arbeit leben kann. Warum? Weil er die dafür notwendigen Produktionsmittel nicht besitzt. Er ist nur (oder vor allem) von seinem eigenen Lohn (bzw. Gehalt) abhängig.

Der Bauer im Feudalismus arbeitete nur familiär gebunden, bewirtschaftete sein Feld al-

sieht die Arbeiterklasse so aus?



lein mit Frau und Kind. Der Arbeiter im Kapitalismus jedoch arbeitet vor allem im Kollektiv, mit vielen KollegInnen in einem Betrieb. Der einzelne Arbeiter hat ständig Kontakt mit anderen Arbeitern, die sein Schicksal teilen. Die Herausbildung eines kollektiven Bewusstseins ist für den Arbeiter deshalb einfacher als für den Bauern.

Im Kapitalismus gibt es neben Arbeitern und Kapitalisten, noch „Zwischenklassen“, z.B. das Kleinbürgertum (Kleinproduzenten, Bauernschaft etc.), die jedoch historisch tendenziell aussterben, d.h. ins Proletariat „abstürzen“.



Revolutionäres Subjekt

Warum setzen wir im politischen Kampf gerade auf die Arbeiterklasse? Die Arbeiterklasse ist nicht nur die größte Klasse (in allen Industrieländern und global gesehen), sie ist auch am engsten mit der modernen, wissenschaftlich-technischen Produktion verbunden. Sie verfügt über kein Privateigentum an PM und ist somit auch nicht an die damit verknüpften Interessen gebunden (wie z.B. der Bauer, der sein eigenes Land als Kleineigentümer will).

Doch die Arbeiterklasse ist zunächst nur eine Summe von Millionen einzelner LohnarbeiterInnen, eine „Klasse an sich“. Zur „Klasse für sich“, d.h. zu einer Klasse, die für ihre eigenen Interessen und gegen den Kapitalismus kämpft, wird sie erst im Klassenkampf und nicht automatisch.

Im Unterschied zum Sklaven, dessen gesamte Arbeitsleistung dem Sklavenhalter gehörte, oder dem Leibeigenen, der z.B. drei Tage pro Woche bei „seinem“ Adligen arbeiten musste, ist im Kapitalismus die Ausbeutung nicht so offensichtlich. Dem Lohn selbst sieht man nämlich nicht an, ob er dem Wert der gesamten Arbeitsleistung entspricht. Die in der Lohnform „verschleierte“ Ausbeutung und die daraus ab-

geleiteten Strukturen und „Sachzwänge“ des Kapitalismus verstehen sich nicht einfach „von selbst“.

Erst der Marxismus hat eine wissenschaftliche Analyse dieser Verhältnisse gegeben. Wenn sich die Arbeiterklasse also selbst befreien und den Kapitalismus stürzen will, braucht sie bzw. wenigstens ihre Vorhut, ihre Führung dazu eine Einsicht in die Verhältnisse und in die Mittel und Wege ihrer Überwindung. Dieses „Klassenbewusstsein“ muss von außen in die Klasse getragen, durch eine revolutionär-marxistische Organisation. Die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit gelangt aus sich heraus nur zu reformistisch-gewerkschaftlichem Bewusstsein, das ihrem unmittelbaren Interesse zur Verbesserung ihrer Lage als Lohnarbeiter entspringt, jedoch nicht das Lohnarbeitssystem als solches ablehnt.

Ein Streik von ArbeiterInnen ist wegen ihrer zentralen Stellung im Produktions- und Profiterzeugungssystem bedeutend und versetzt dem Kapitalismus einen viel größeren Schlag, als wenn Bauern oder StudentInnen protestieren würden.



Gibt es sie noch?

Vielfach wird behauptet, dass es keine Arbeiterklasse mehr geben würde. Begründet wird dies mit dem Eintritt in die Dienstleistungsgesellschaft bzw. ins Informationszeitalter. Doch auch im Dienstleistungssektor oder im IT-Bereich arbeiten zum größten Teil Lohnabhängige. So gehören nicht nur „Hand“- sondern auch „KopfarbeiterInnen“ zur Arbeiterklasse. Aber nicht alle, die keine PM besitzen und lohnabhängig sind, gehören zur Arbeiterklasse, denn das allein würde im Prinzip auch für Manager, den Bundeskanzler oder Polizisten zutreffen.

Doch all diese Funktionen – wie auch Abteilungsleiter, Meister, Lehrer usw. – sind Teil des Repressions- und Herrschaftsapparates zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus, zur Beherrschung und Kontrolle der Arbeiterklasse. Sie zählen deshalb zum größten Teil zu den Mittelschichten, z.T. (Spitzenmanager) sogar selbst zur Bourgeoisie.

Wenn die Arbeiterklasse auf eine sozialistische Gesellschaft zustrebt, dann weil sie nur im Sozialismus ihre eigene Unterdrückung aufheben kann. Um sich jedoch selbst zu befreien, muss sie die gesamte Gesellschaft befreien. Die Geschichte zeigt, dass kein Klassensystem ewig dauert. Im Kommunismus, den wir anstreben, gibt es dann weder Lohnarbeit noch Privateigentum noch Klassen.



Billig hat seinen Preis

Gegen Überausbeutung im Discounter LIDL!

Mit dieser Devise steht Lidl ganz vorn als der Trendsetter! Der europaweit rasant expandierende Discounter Lidl ist ein Paradebeispiel dafür, wie mit Billigprodukten und Billigjobs Milliarden gemacht werden. Von bundesweit 2.600 Lidl-Filialen gibt es nur in 8 Filialen eine gewählte Arbeitnehmervertretung. Gezielt verhindert der Konzern die Bildung von Betriebsräten. Auch logisch: warum sollte es einem Arbeiter oder einer Arbeiterin auch gut gehen?

Das Prinzip „immer billig“ bedeutet niedrige Preise vor allem auf Kosten der Beschäftigten, die meist weiblich sind. Sie haben niedrige Löhne und immer längere Arbeitszeiten, d.h. immer weniger Beschäftigte arbeiten immer mehr. So müssen sie nach Feierabend zusätzlich 2 Stunden den Laden unendgeldlich säubern.

Tarifverträge und andere gesetzliche Bestimmungen werden häufig missachtet, mehr und mehr wird Unmenschliches verlangt. Es kommt sogar vor, dass Angestellte, die sich organisieren wollen, gezwungen werden, hinter verschlossenen Türen ihre eigenen Kündigungen zu unterschreiben. Somit bekommen sie dann natürlich auch Sperrfristen am Arbeitsamt, also kein Arbeitslosengeld. Absurd, aber wahr! Das ist vor allem dort möglich, wo Beschäftigte ihren Vorgesetzten allein gegenüberstehen.

Daher: auf in den Kampf für eure Interessen, ihr habt Rechte: tretet der Gewerkschaft bei und bildet Betriebsräte!

Sowie im Fall des Lidls aus Calw/Stuttgart, wo seit Ende September (siehe Berichte in der Jungen Welt) die Beschäftigten mit ihrem ge-

wählten Betriebsrat auf die Barrikaden gingen, um bessere Arbeitsbedingungen zu fordern. Da es vor Gericht gegangen ist und alles seine Zeit braucht, ist das Arbeitsgericht Pforzheim zur Auffassung gelangt, dass Lidl vor Abschluss eines Interessenausgleichs mit dem Betriebsrat die Filiale nicht schließen darf und die Beschäftigten nicht in andere Filialen versetzt werden dürfen.

Die KundInnen von Lidl fordern wir auf, den VerkäuferInnen und KassiererInnen Mut zu machen, um in den Kampf zu treten und Betriebsräte zu wählen. Zeigen wir ihnen, dass sie nicht allein sind und stärken wir den Beschäftigten den Rücken. Mit einem Gespräch und unserer Anerkennung, vor allem aber mit der Unterstützung von Kampagnen zur Organisierung. Denn: **der Kampf gegen Billiglohn geht uns alle an!**

von Salvador und Alberto aus Neukölln

Gewerkschaftskampagne → www.verdi-blog.de/lidl

Ein antikapitalistisches Designteam hat sich bei der Werbeagentur eingeschleust, wo die DbD-Materialien erstellt wurden. So konnten wir bewirken, dass das Kampagnenlogo unverkennbar wie ein Scheißhaufen aussieht – ohne dass das den Sponsoren auffiel! Wir empfehlen, die Anzeigen so umzudekorieren, bis eine richtige Gegenkampagne in Schwung kommt.

euer ADt

Ich bin was?!?

Ich bin vieles, aber Deutschland bin ich eindeutig nicht!

Am 26. September startete sie endlich. „Du bist Deutschland“, die beispiellose, heldenhafte Kampagne zur Rettung des Landes. „Politisch unabhängig“ und überparteilich zog die Kampagne mit Hilfe der wie immer selbstlosen Konzerne Springer, Holtzbrinck, T-Online, Bertelsmann und den Verlagen von Spiegel, FaZ, SZ und WAZ in die Schlacht.

Fast nur 30 Millionen Euro billig, die man selbstverständlich nirgendswo hätte besser anlegen können, läuft der Werbespot nun auf allen öffentlichen Fernsehkanälen. Die Aussage ist klar: „Leute, wir haben eine Wirtschaftskrise, können uns selbst allerdings nicht erklären, woher sie kommt. Unser System ist so wunderbar, also muss es an den ArbeiterInnen und vor allem Arbeitssuchenden liegen. Nun denn - seit nicht immer so faul und sucht gefälligst Arbeit wo keine ist!!!“

Das ganze dann noch mit schnulziger Musik und grinsenden Promi-Fressen verziert und schwuppsdiwupps fallen wir alle ins Koma. So können wir nun also alle getrost aufhören, das System zu kritisieren und anfangen, selbstkritisch zu werden. Wenn sich davon immer noch nichts ändert, wie wär's denn mal mit Massen-selbstmord?

Nur bei einer Sache bin ich noch etwas skeptisch: wie können wir jetzt Deutschland sein – vor wenigen Monaten hieß es noch „Wir sind Papst“!?!“

Naja. Wir, Deutschland, können ja zuversichtlich in die Zukunft blicken. Mal abgesehen von den 5 Millionen Arbeitslosen, die haben das Glück, nicht Deutschland zu sein.

von Schabe aus Münster



Du bist Deutschland!

Einheit in Hennigsdorf

Eine Demo gegen einen Naziladen konnte viele Menschen zusammenbringen

Am Samstag, den 17. September, war nach Prenzlauer Berg und Weißensee im Mai sowie Marzahn- Hellersdorf im September, der dritte Halt der „We Will Rock You!“-Kampagne gegen Naziläden in Berlin und Brandenburg. Ziel diesmal war der Naziladen „On the Streets“ in Hennigsdorf (am Ende der S-Bahn-Linie 8). Außerdem ging es um die Rechte von Flüchtlingen in dem nicht weit entfernten Flüchtlingsheim. Auf der Demo waren etwa 500 AntifaschistInnen: Ausser den üblichen Antifas sah man auch Flüchtlinge, IG Metall, Linkspartei und viele jüngere Leute aus der Umgebung.

Unter anderem mit einem Sommerschlussverkauf im „On the streets“ versuchten Neonazis, zu einer Gegendemo nach Hennigsdorf zu mobilisieren. Daran, dass die Polizei 126 Platzverweise überwiegend gegen Neonazis erteilte, sieht man, dass die Nazis für diese Verhältnisse eine große Mobilisierung geschafft hat-

ten. Vereinzelt sah man auch Nazis am Rande der Demo. Allerdings gab es, wenn auch sehr wenige, Sympathiekundgebungen von Leuten auf einem Balkon oder von MigrantInnen auf der Straße.

Duzende Flüchtlinge haben sich der Demo angeschlossen, da sie bzw. Verwandte oder Bekannte direkt von Schikanen, die von dem Naziladen ausgingen, betroffen sind. Wenn die BewohnerInnen des Flüchtlingsheims in Hennigsdorf einkaufen gehen, müssen sie an dem Laden „On the streets“ vorbeigehen, wo sie oft von den Faschos, die dort „abhängen“, verbal oder sogar körperlich angegriffen werden. Es ist sogar schon zu regelrechten Menschenjagden durch den ganzen Ort gekommen.

Es ist sehr wichtig die Menschen, die vorrangig vom Nazi- und Staatsterror betroffen sind, nämlich MigrantInnen, für antifaschistische Demos zu gewinnen. Die Demo in Hennigsdorf

war ein guter Anfang, doch hier darf nicht aufgehört werden. Gerade dort, wo MigrantInnen direkt von Schikanen durch Faschos und Bullen betroffen sind, muss angesetzt werden.

Hennigsdorf war ein Vorbild: Die autonome Demokultur muss sich zu einer verwandeln, in der junge AntifaschistInnen mit MigrantInnen Seite an Seite kämpfen, in der auch versucht wird, fortschrittliche Arbeiter in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen. Nur wenn wir viele sind, hilft den Faschos der Schutz durch die Bullen auch nicht mehr.

Übrigens: Die „WE WILL ROCK YOU!“-Kampagne hat schon ihren ersten Teilerfolg erreicht, denn die beiden Naziläden „Nordic Thunder“ (Weißensee) und „Firestarter“ (Pankow) haben inzwischen dicht gemacht. Der nächste Halt ist am 12. November um 16 Uhr in Königs Wusterhausen.

von Till aus Lichtenberg → www.we-will-rock-you.tk

„Nicht wie wir uns vorgestellt haben“

Die Polizei in Göttingen war überrascht, als eine NPD-Demo verhindert wurde



Zusammen mit den Freien Kameradschaften marschierte die NPD unter der platten Phrase „Sozialabbau, Rentenklau, Korruption – nicht mit uns!“ Diese Demonstration in Göttingen steht in einer Reihe von Aufzügen in Niedersachsen: im April in Verden, im Juli in Braunschweig, im September in Oldenburg.

„Unser Einsatz ist nicht so verlaufen, wie wir uns das vorgestellt hatten“, kommentierte Göttingens Polizeipräsident Hans Wargel angesichts brennender Barrikaden, Krawalle und vieler Verletzter in Göttingen. Eigens zum Schutz der Kundgebung der Faschisten wurden Hundertschaften der Polizei aus dem ganzen Bundesgebiet geholt – insgesamt 3.800 Beamte. Aufgehalten wurde der Aufmarsch trotzdem. Nach drei Stunden musste die Polizei die NPD-Versammlung abbrechen und die

Faschisten zum Bahnhof geleiten.

Vor dem Abbruch wurde die Naziroute mehrmals durch Sitzblockaden und Demonstrationssketten gestört. Der Einsatz von Reizgas und Schlagstöcken konnte die Störaktionen jedoch immer wieder aufbrechen. Ein Durchschlupf im Uni-Viertel machte jedoch den rechtzeitigen Aufbau von Barrikaden an der Kreuzung Nikolausberger Weg/Gosslerstrasse, die zur Demoroute der Nazis gehörte, möglich und führte dazu, dass die Faschisten auf einer sehr verkürzten Route zurück zum Bahnhof von der Polizei geführt wurden. Nebenbei wurden am Nikolausberger Weg zwei, den rechten Burschenschaften zugehörige Läden entglast.

Mehrere Tausend AntifaschistInnen, vom autonomen Spektrum über den DGB bis hin zu Pfadfindergruppen demonstrierten gegen 100

Faschisten. Auch die Bevölkerung unterstützte den Protest. So stellten AnwohnerInnen z.B. Gegenstände für den Aufbau von Barrikaden zur Verfügung, störten die Zwischenkundgebungen der Faschisten mit lauter Musik oder hielten Transparente gegen die Nazis aus dem Fenster. Teilweise wurden auch Joghurtbecher und Obst aus den Fenstern auf die Nazis geworfen. Nicht zuletzt ist die gute Vorbereitung im Vorfeld und die breite, bundesweite Mobilisierung der Göttinger Antifa-Gruppen für den erfolgreichen Verlauf der Protestaktionen zu danken.

Aber wie wir in einem Flugblatt für die Demo geschrieben haben, wird der Kampf gegen Nazis längerfristig nur erfolgreich sein, wenn er mit dem Kampf gegen das kapitalistische System verbunden wird.

von Okko aus Friedrichshain → Flugblatt online

Ergebnis: Ergebnislos

Die bundesweite Jugendkonferenz war gut besucht, aber schlecht vorbereitet

„Es kommt die Zeit ... für eine linke Jugendbewegung“. Den Gedanken hatten viele Menschen in letzter Zeit, und zu dem Thema wurde eine Konferenz organisiert. So entstand die Jugendkonferenz am 15. Oktober in Berlin.

Mehr als 200 junge Leute folgten der Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW zum Treffen in der Alten Feuerwache, gegenüber vom Axel-Springer-Haus. Fast alle KonferenzteilnehmerInnen waren in linken Gruppen organisiert: dabei waren der PDS-nahe Jugendverband Solid, die PDS-Jugend, Teile der JungdemokratInnen, „Jugendliche in der WASG“ (die hauptsächlich SAV und Linksruck zuzurechnen waren), DGB- und IG-Metall-Jugend, die DIDF-Jugend, einige Antifas und REVOLUTION.

Nur ein Teil der TeilnehmerInnen könnte im eigentlichen Sinn des Wortes als „jung“ bezeichnet werden. Immerhin sind die Junge Union und die JuSos für „Jugendliche“ bis zum 35. Lebensjahr offen. Diese Jugendkonferenz funktionierte nach dem gleichen Prinzip: die Unter-20-Jährigen hätte man an einer Hand (oder vielleicht auch an fünf Händen) zählen können. Dagegen waren Scharen von FunktionärInnen präsent.

Dass die wenigsten Unorganisierte, Antifas, Auszubildende oder SchülerInnen waren, lag an der schlechten Mobilisierung. Flyer wurden tropfenweise verteilt, Plakate gab es gar nicht. Ganz unverschämt wurde am letzten Tag vor der Konferenz ein Teilnehmerbeitrag von 5 Euro (der für 15jährige SchülerInnen und 35jährige ParteifunktionärInnen gleich hoch war) bekannt gegeben. So wurde von vornherein abgesichert, dass diese Berufsjugendliche weitgehend unter sich blieben und die Sache gut kontrollierten konnten.

Ergebnisse?

Die OrganisatorInnen entschuldigden sich für den völlig unproduktiven Charakter des Treffens mit Hinweis auf die mangelhafte Vorbereitung. Das traf durchaus zu, nur verschwiegen sie dabei, dass sie selbst die Vorbereitungstreffen mehr oder weniger geheim hielten, damit die Vorbereitung in Händen von wenigen Ausgewählten blieb.

Beim Abschlussplenum betonten viele RednerInnen der PDS und vor allem von Linksruck, welch tolle Konferenz wir erlebt und wie viele Gemeinsamkeiten wir entdeckt hatten. Ein Bundessprecher von Solid merkte immerhin an, dass die Tatsache, dass verschiedene linke Jugendliche nach einem ganzen Tag zu dem Schluss kamen, dass sie alle gegen Nazis und Sozialabbau wären, kein besonders Ergebnis



„For a revolutionary youth movement!“ – das Mega-Flugi von REVO:
 → www.onesolutionrevolution.de/revolution/0509/jugendkonferenz

sei. Andere Beschlüsse – z.B. dass wir alle gegen die G8 im Juli 2007 mobilisieren – waren derart allgemein formuliert, dass man sich auch ohne eine Konferenz hätte verständigen können.

Die Konferenz hatte nur drei konkrete Ergebnisse: erstens, dass wir zur Aktions- und Strategiekonferenz in Frankfurt/Main im November fahren – und zwar „als Jugendliche“ (man fragt sich, als was wir sonst hinfahren sollten?!); zweitens soll die PDS gebeten werden, dass sie ihr jährliches „Bundesjugendtreffen“ für Nicht-PDSlerInnen öffnet.

Im Klartext: eine zwölfstündige Konferenz kam zum Schluss, dass wir zu zwei anderen Konferenzen gehen!!!

Das interessanteste Projekt war sicher ein Treffen für eine Gegenkampagne zu „Du bist Deutschland“, einer 30-Millionen-Euro-Kampagne für Patriotismus, die von Bertelsmann, Springer und anderen Medienkonzernen verbreitet wird. Diese Initiative wurde von Solid36 und Solid Bremen, zwei linkere Gruppen im Jugendverband, gestartet. Aber es ist auffällig, dass das beste Treffen am Rande der Konferenz – draußen am Basketballplatz! – stattfand, ohne die OrganisatorInnen.

Was nun?

REVO argumentierte und wird auch in den kommenden Monaten für die Schaffung einer unabhängigen sozialistischen Jugendorganisation argumentieren.

Die wichtige Aufgabe, verschiedene linke Jugendorganisationen zusammenzubringen für

inhaltliche Diskussion, v.a. aber für die Organisation von Aktionen gegen die Angriffe von Kapital und Regierung, wurde von diesem Treffen leider nicht weitergebracht. Für die Zukunft ist wichtig:

1. zum nächsten solchen Treffen muss breit mobilisiert werden – in der Linken, bei Jugendstrukturen, in Schulen, an Unis und unter Azubis;
2. muss eine Vorbereitungsgruppe gebildet werden, die für VertreterInnen aller beteiligten und interessierten Strukturen, Gruppen und Organisationen offen ist, die Ablauf und Ziele eines solchen Treffens beraten – und zwar völlig transparent;
3. müssen Linkspartei.PDS und ihre Parlamentsfraktion, die nicht zuletzt durch die Stimmen und Unterstützung vieler Jugendlicher bei der Bundestagswahl gewonnen haben, ein solches Treffen finanziell absichern, so dass Jugendliche aus dem ganzen Bundesgebiet anreisen und teilnehmen können;
4. im Zentrum eines Treffens müssen zwei Aspekte stehen: welche Mobilisierungen und Strukturen brauchen Jugendliche für den Kampf gegen die neue Regierung? Und: welche organisatorische Formen braucht eine linke Jugendbewegung?

Wir bleiben bei unserer Feststellung von vor der Konferenz: eine linke Jugendbewegung kann und wird nicht unter der Regie des PDS-Vorstandes zu Stande kommen. Ihr bürokratisches Verhalten hat das klarer gemacht, als unsere Artikel jemals hätte tun können.

von Huey aus Kreuzberg

„Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte.“

Dieser Spruch fiel dem Maler Max Liebermann ein, als er am 30. Januar 1933 den Fackelaufmarsch durchs Brandenburger Tor anlässlich der Machtübergabe an Adolf Hitler sah. Das hat aber natürlich nichts mit dem Fackelmarsch zu tun, den die Bundeswehr am 26. Oktober veranstaltet...

Das ganze Jahr lang wird das 50. Jubiläum der Wiederbewaffnung des deutschen Staates gefeiert. Am 26. Oktober wird in Berlin ein Höhepunkt der Geschmacklosigkeit zelebriert: der Große Zapfenstreich.

Die Bundeswehr wird mit Fackeln und Ramtamtam vor dem Reichstag aufmarschieren – auf eben jenem Rasen, auf dem Fußballspielen und Live-8-Konzert, ja überhaupt das Betreten mit mehr als leichten Sommerschuhen bisher verboten war. Aber die Bundeswehr will sich unbedingt als „Parlamentsarmee“ inszenieren und so werden mehrere Quadratkilometer in Berlins Mitte zum militärischen Sperrgebiet erklärt.

Vor handverlesenem Publikum soll vorgegaukelt werden, dass die deutsche Armee seit „50 Jahren entschieden für den Frieden“ arbeitet – doch ihr Verständnis von Frieden schließt zahlreiche Kriege ein.

Die Gründung

Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte die Mehrheit der Bevölkerung kein neues Heer. Sie hatten erlebt, zu welchen schrecklichen Verbrechen der deutsche Militarismus in der Lage war.

Der heutzutage viel gelobte Bundeskanzler Adenauer hatte laut eigener Aussage im November 1949 die Absicht „mit allen Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern“. Doch noch im selben Monat beauftragte er den Wehrmachts-General Manteuffel mit der Erstellung eines Gutachtens über die technische Seite eines deutschen Wehrbeitrags. Neun Tage nach der obigen Aussage kündigte Adenauer – ohne Absprache mit dem Parlament – die „Aufstellung westdeutscher Truppen“ an.

Auf die Bevölkerung, die laut Umfragen eine Wiederbewaffnung zu mehr als 70% ablehnte, wurde nicht geachtet.

Die geheimen Vorbereitungen für die Wiederbewaffnung wurden vom „Amt Blank“, unter Leitung des CDUlers Theodor Blank und alten Hitlergenerälen wie Speidel und Heusinger ab Ende 1950 begonnen. 1955 wurde die Bundeswehr schließlich gegründet.

Die Tradition

Nicht nur personell, auch traditionell knüpfte die Bundeswehr an ehemalige deutsche Armeen an.

Ab 1957 konnten die alten Nazis bei der Bundeswehr auch wieder stolz ihre Wehrmachts-Orden tragen; sie mussten nur das Hakenkreuz

entfernen. Das Ritual des Zapfenstreichs, das uns nun erneut bevorsteht, ist ein Kind des preußischen Militarismus.

Offiziell gibt es keine Kontinuität zwischen dem Heer des Kaiserreiches, der nationalsozialistischen Wehrmacht und der „demokratischen“ Bundeswehr.

Aber die wichtigsten Konzerne in Deutschland haben im letzten Jahrhundert weder ihre Namen noch ihre Besitzer und schon gar nicht ihre Begehrlichkeiten geändert. Entsprechend muss die deutsche Armee immer wieder in denselben Gebieten intervenieren. So wurde z.B. die serbische Hauptstadt Belgrad 1915 vom kaiserlichen Heer, 1941 von der Wehrmacht und 1999 von der Bundeswehr angegriffen. Ob es der Belgrader Bevölkerung aufgefallen ist, dass es diesmal „demokratische“ Bomben waren?!

Im Moment strebt der deutsche Staat danach, als stärkste Komponente der EU, eine Weltmacht auf gleicher Augenhöhe mit den USA zu werden. Dazu reicht es nicht, dass deutsche Konzerne überall auf der Welt Profite machen: sie müssen ihre wirtschaftlichen Interessen auch militärisch durchsetzen können. Deshalb wird die bisherige Wehrpflichtigenhorde, deren Muttis es doch nie erlauben würden, dass sie in den Dschungel geschickt werden, zu einer professionellen Interventionsarmee umgebaut.

Zur Zeit sind rund 6.000 Bundeswehr-Soldaten im Ausland eingesetzt. In Afghanistan stellt die Bundeswehr die meisten Soldaten in der Besatzer-Koalition ISAF. Auch im Kosovo, in Mazedonien, Sudan und anderen Ländern sorgt die Bundeswehr für „Frieden“ – im Interesse des deutschen Imperialismus.

Insofern ist die „Anti-Kriegs-Rhetorik“ von Schröder, Chirac und anderen europäischen Politikern reine Heuchelei. Die Achse Paris-Berlin-Moskau, die gegen den Irak-Krieg appellierte, umschloss nicht zufälligerweise gerade jene Staaten, die – im Gegensatz zu den USA und Britannien – über wunderbare wirtschaftliche Beziehungen zu Saddams Irak verfügten.

Die neue imperialistische Ausrichtung der Bundeswehr ist 1992 vom damaligen Generalinspektor Naumann zu Papier gebracht worden. Die Ziele der Bundeswehr sind danach „Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, die Deutschlands Unversehrtheit und Stabilität beeinträchtigen könnten“. Dabei geht es um die „Aufrechterhaltung des freien



Nicht 1933, sondern 2005

Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Wirtschaftsordnung“.

Im Klartext: Es geht nicht mehr darum, die Grenzen der BRD zu schützen, wie im Grundgesetz festgelegt, sondern die Interessen deutscher Konzerne in jedem Winkel der Welt zu verteidigen.

Die Rekrutierung

Die Bundeswehr hat – wie jede Armee – großes Interesse an der Jugend. Kaum ist man 18, schon bekommt man die erste Aufforderung zur Musterung. In Zeiten, in denen Massenarbeitslosigkeit, Ausbildungsnot und Studiengebühren grassieren, lockt die Bundeswehr mit Köderangeboten potentielle Rekruten. Der Noch-Verteidigungsminister Struck lobte z.B. die Bundeswehrakademie in Hamburg als gute Alternative für Studierende, die nicht in der Lage sind, die neuen Studiengebühren zu bezahlen. Angebliche Ausbildungsangebote und Karrieremöglichkeiten sollen Jugendliche in Scharen in die Hände des Militärs treiben.

Selbst vor Rekrutierungen an Schulen schreckt das deutsche Militär nicht mehr zurück. Bei zahlreichen „Berufswochen“ präsentiert sich die Bundeswehr als ganz normales Unternehmen. SchülerInnen, die sich dagegen zu Wehr setzen, bekommen in der Regel eine Strafanzeige.

Aber weltweit machen sich gerade Jugendliche gegen diesen zunehmenden Militarismus stark. Beispielsweise in den USA werden regelmäßig „Die In's“ (Aktionen, bei den Aktivisten blutige Leichen spielen) vor den Rekrutierungsbüros organisiert. Und den größten Widerstand erlebt die US-Armee im Irak, wo zehntausende Jugendliche gegen die Besatzung kämpfen.

Also lasst uns gegen dieses Ritual, das stark an die NS-Zeiten erinnert, und gegen jede Art vom Militarismus Millionen Jugendliche auf die Straße bringen.

Wir sagen: **Bundeswehr raus aus den Schulen! Raus aus Afghanistan! Raus aus der Welt!**

Aufruf von REVOLUTION zum 26.10. (leicht gekürzt)

Join the REVOLUTION!



In allen großen Bewegungen der Vergangenheit war die Jugend der radikalste Teil. Wir von REVOLUTION sind eine kommunistische Jugendorganisation, die in Opposition zu Krieg, Sozialabbau, Rassismus, Sexismus, Armut, Hunger, Ausbeutung, Entfremdung, und Umweltzerstörung steht. Kurz: Gegen alles, was wir dem kapitalistischen System zu verdanken haben und gegen alles, was wir dem kapitalistischen System noch verdanken werden.

REVO ist eine internationale Gruppe. Wir sind weltweit organisiert, in neun Ländern auf drei Kontinenten. In Deutschland haben wir mehrere Ortsgruppen. Wir sind eine kleine Gruppe, aber unser Ziel ist es, eine revolutionäre Massenbewegung aufzubauen.

REVO unterstützt alle Kämpfe für eine bessere Welt, aber wir sind nicht der Illusion behaftet, dass die Kapitalisten ihren Reichtum und ihre Privilegien freiwillig, durch irgendwelche Wahlen abgeben werden. Um die Macht und den Reichtum der herrschenden Klasse zu erlangen, bedarf es einer revolutionären Umwälzung, die mit ihrer gesellschaftlichen Vormachtstellung bricht und sie der Mehrheit übergibt.

Wir lehnen Terrorismus und Einzelaktionen von Kleingruppen ab. Stattdessen versuchen wir, eine Massenbewegung aufzubauen, die ihre Stütze in der Mehrheit der Bevölkerung hat – der Arbeiterklasse. Denn die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, den Kapitalismus zu behalten und sie hat die Möglichkeit, dieses verfaulende System niederzuschmettern.

Wir bekämpfen jede Form von Diskriminierung und Unterdrückung: Sexismus, Rassismus, Nationalismus, Homophobie usw. Diese Vorurteile werden von den Kapitalisten genutzt, um uns zu spalten und unseren Kampf zu schwächen.

chen.

Wir sind Internationalisten, keine Nationalisten. Kapitalismus ist ein globales System, wir müssen es daher global bekämpfen. Dazu muss jede Landesgrenze und nationale Beschränktheit überwunden werden, um uns zu einer wahren globalen und vereinten Menschheit, ohne nationalistische Bigotterie, Kriege und Klassenaufspaltung, hinzubewegen.

Wir wollen Kapitalismus durch Sozialismus ersetzen, aber nicht durch den so genannten „Realsozialismus“ des ehemaligen Ostblocks. Als die UdSSR 1989 unterging, war es nicht der Sozialismus der dahinschied, sondern der Stalinismus. Viele Errungenschaften der Oktoberrevolution wurden schon unmittelbar nach Lenins Tod rückgängig gemacht, und zwar im Namen einer neu entstandenen Bürokratie, die den Status Quo wahren wollten und jede Opposition niederschlug.

Eine wirklich sozialistische Gesellschaft würde auf demokratischen Räten und demokratischer Planung der Wirtschaft auf Grundlage der menschlichen Bedürfnisse beruhen.

Alles bei REVOLUTION läuft demokratisch ab. Du wirst niemals von nicht gewählten Leuten herumkommandiert. Unsere Organisation gehört den Mitgliedern. Es gibt breit gefächerte Ansichten, Ideen und Interessen in REVO – jeder hat ein Mitspracherecht und wir regeln unsere Entscheidungen an der Basis. Wir gehören auch keiner Partei an und sind daher unabhängig.

Auf unserer Website findest du unser Manifest und ein Archiv unserer Zeitungen. Wenn du aktiv werden willst, schick uns eine Mail, schreib etwas in unserem Internetforum oder schau bei einem Treffen vorbei.



REVO-TV (von den G8-Protesten)

ORGANIZE!

REVOLUTION berlin

Treffen jeden Montag um 19 Uhr
Ort einfach per Email erfragen:
info@onesolutionrevolution.de
☎ 030 / 62 60 77 41

V.i.S.d.P. R. Müller, Hafenstr. 17, Hamburg

REVOLUTION bundesweit

bernau@onesolutionrevolution.de
muenster@onesolutionrevolution.de
osnabrueck@onesolutionrevolution.de
stuttgart@onesolutionrevolution.de

Dein Geld der REVOLUTION!

Bank: Postbank; Konto: 6475 84 100
BLZ: 100 100 10; Stichwort: REVO!

www.onesolutionrevolution.de

MOBILIZE!

Samstag, 5. November

Antifa-Demo gegen einen Naziaufmarsch von Christian Worch in Potsdam
12 Uhr, Luisenplatz, Potsdam
(Treffpunkt Berlin: 11.15 Uhr, Ostbahnhof)
→ www.antifa.de

5.-9. November

2. Filmtage des alternativen kolumbianischen Films – Eintritt frei!
19 Uhr, Mehringhof Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a, U6/U7 Mehringdamm
→ www.nuevacolombia.de

Samstag, 5. November

„Griechenland – Widerstand und Repression“ Diskussionsveranstaltung und Party
19 Uhr, HAU2, Hallesches Ufer 32
→ www.widerstand-repression-griechenland.de

Samstag, 12. November

„We will rock you“ Demo gegen Naziläden in Königs Wusterhausen und die rechtsextreme Modemarke „Thor Steinar“
16 Uhr, Stadtbrunnen, S46 Königs Wusterhausen
→ www.we-will-rock-you.tk

2. & 3. Dezember

Veranstaltungen in Berlin über die Jugendbewegung im Baskenland und die staatliche Repression gegen sie. Mehr Infos demnächst
→ www.onesolutionrevolution.de

weitere Termine für Berlin

→ stressfaktor.squat.net/termine.php

Ein paar Worte vom Layoutierer...

CDU und SPD haben zusammen rund eine Million Mitglieder. Aber noch bevor diese zwei Massenparteien es geschafft haben, eine neue Regierung zu bilden, hat unsere kleine Gruppe es geschafft, eine neue Ausgabe der REVO-Zeitung zu erstellen. Wir hoffen, dass dieses Heft im Kampf gegen Merkel und Müntefering nützlich ist. In den kommenden Monaten wollen wir REVOLUTION grundsätzlich verbessern, deshalb freuen wir uns auf all eure Ideen, Vorschläge und Kritik.

Berlin, den 2. November 2005

ich-bin-sauarm-Preis: 0,50 €
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: 1 €
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: 100 €

REVOLUTION

Zeitung der gleichnamigen kommunistischen Jugendorganisation ★ Nummer 14

Der gleiche Kack im selben Frack:

Deutsche Armee feiert sich selbst.

Am 26. Oktober feierte sich die deutsche Armee vor dem Reichstag, mit Fackeln, Trommeln, Pfeifen und Trompeten, mit „Still gestanden!“ und „Helm ab zum Gebet“ – mit einem Großen Zapfenstreich, traditionell wie schon 1838.

Das Motto: „50 Jahre Bundeswehr – 50 Jahre Parlamentsarmee“. Das ist ein Schlag ins Gesicht für jeden Demokraten, hat doch der Bundestag selbst erst im letzten Jahr die Demokratie durch das „Vereinfachte Zustimmungsverfahren“ (womit Kriege ohne Zustimmung des Parlaments beschlossen werden) weiter ausgehöhlt.

Während um 17 Uhr die Armee-Propagandaveranstaltung mit einem Empfang im Paul-Löbe-Haus losging, sammelten sich etwa 2.000 Menschen am Alexanderplatz zur Demonstration gegen den deutschen Militarismus. Nicht nur anti-militaristische und anti-faschistische Gruppen, sozialistische und kommunistische Organisationen, sondern auch WASG, Linkspartei, PDS und „ver.di Medien, Kultur, Industrie – Berlin“ hatten aufgerufen. Allerdings war die Mobilisierung der Reformisten mal wieder ziemlich halbherzig, bedenkt mensch, dass die Linkspartei in Berlin 11.000 Mitglieder hat. Ihr Bundestagsabgeordneter Paul Schäfer nahm übrigens an der Bundeswehr-Feierstunde teil.

Vom Alexanderplatz zogen wir – nach der üblichen Schikane – um 18 Uhr los in Richtung Brandenburger Tor. Mit unserem Transparent, das wir vor dem Lautsprecherwagen des Zapfen-Bündnisses hertrugen, erinnerten wir an Karl Liebknecht und seinen berühmten Ausspruch, „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“. Die während der Demo gehaltenen Reden, wiesen vielfach auf den Zusammenhang zwischen



der Umstrukturierung der Bundeswehr und der verschärften internationalen Konkurrenz hin. Auch der Redner von REVOLUTION machte auf die große Bedeutung des Antimilitarismus für die Jugend in aller Welt aufmerksam.

An der Ecke Glinkastraße ging es mit der Demo nicht weiter, denn der Weg war von Absperrgittern, drei Reihen Polizisten in Kampfmontur, mehreren Mannschaftswagen, Wasserwerfer und Räumpanzer versperrt.

Auf der Kundgebung wurde die Polizei aufgefordert, uns den Weg freizumachen, da wir sowohl einen richterlichen Beschluss als auch die Zusage eines Staatsanwalts hatten, dass wir um 20 Uhr vor dem Brandenburger Tor stehen dürften.

Erst um 20.20 Uhr kam die Antwort: Etwa zwanzig grüne Schläger sprangen über das Gitter und prügeln los. Der Angriff konnte jedoch mit Hilfe von Menschenketten abgewehrt werden und letztendlich wurden wir zum Brandenburger Tor durchgelassen, denn der verspätet begonnene Zapfenstreich hatte nun geendet.

Am bekanntesten geworden ist bei der Demo

ein Zivilbulle, der vom Prügeln etwas aufgeregt wurde: Er vergaß offenbar, dass er keine anonymisierende Uniform trug und bei seiner Tat von Dutzenden Kameras umringt war. So konnte die Staatsmacht nicht anders als ihn zu versetzen und ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Allerdings hatte der Vorfall für die bürgerliche Presse auch ein gutes: Nachdem am Mittwoch nur über eine Demonstration gegen den tollen Zapfenstreich berichtet wurde, bei der es „einzelne Rangeleien mit der Polizei“ gegeben hätte, musste tags darauf zur Polizeigewalt nur geschrieben werden, dass ein Zivilbeamter ausgetickt sei und sofort die Konsequenzen ziehen musste.

Ich möchte, um die „Unabhängigkeit“ der bürgerlichen Presse zu unterstreichen, ebenso enden wie ein Artikel der Berliner Zeitung über freundliche, aber bestimmte Feldjäger: „Im nahen Tiergarten fand die Polizei schließlich mehrere Depots mit Pflastersteinen und Farbbeuteln. Richtig friedliche Absichten hatten einige Friedensdemonstranten offenbar nicht.“

von Ladmie aus Kreuzberg | mehr auf Seite 10...

www.onesolutionrevolution.de